

# MUT ZUR VERANTWORTUNG



**CDU** FRAKTION IM  
HESSISCHEN LANDTAG

## WIESBADENER REDEN

Dr. Christean Wagner, CDU-Fraktionsvorsitzender  
Rede zum Setzpunkt der CDU

**„Bekenntnis zu Freiheit, Demokratie  
und sozialer Marktwirtschaft“**

2. Februar 2011





***Rede von  
Dr. Christean Wagner,  
CDU-Fraktionsvorsitzender  
am 2. Februar 2011  
zum Setzpunkt der CDU***

***“Bekenntnis zu Freiheit, Demokratie und sozialer Marktwirtschaft  
und Distanzierung von abwegigen Vorstellungen der  
Landtagsabgeordneten Ypsilanti und der Bundesvorsitzenden der  
Linken Löttsch” - Drs. 18/3640***



Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mit unserem Antrag fordern wir auf zu einem eindeutigen Bekenntnis zu Freiheit, Demokratie und sozialer Marktwirtschaft. Nachdem wir in der jüngeren Geschichte Deutschlands zwei Diktaturen überwunden haben – die nationalsozialistische und die kommunistische – ist dies eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Warum verlangen wir dieses Bekenntnis also erneut?

Es sind aktuelle öffentliche Äußerungen von Politikern der Linken und der SPD, die unsere Aufmerksamkeit und Wachsamkeit herausfordern. Die Bundesvorsitzende der Linken, Gesine Löttsch, ruft in einem Beitrag in der marxistischen Zeitschrift „Junge Welt“ am 3. Januar auf, neue „Wege zum Kommunismus auszuprobieren“. Sie sagt wörtlich: „Es sind viele Bausteine, mit denen wir darum kämpfen, die Profitdominanz über Wirtschaft und Gesellschaft zu überwinden, [...] bis sich beweist, dass dem demokratischen Sozialismus die Zukunft gehört.“ In ähnlicher Weise fordert die SPD-Landtagsabgeordnete Andrea Ypsilanti in einem Beitrag der Frankfurter Rundschau vom 10. Januar eine „systemverändernde Reformarbeit“ und „eine Gesellschaftsordnung des demokratischen Sozialismus“. Sie beklagt „die neoliberale Hegemonie auch in der Sozialdemokratie“ und verunglimpft unsere soziale Marktwirtschaft als „Terror der Ökonomie“.

Wenn die Bundesvorsitzende der Linken, die an mehreren Landesregierungen beteiligt ist, unser „System“, nämlich unsere freiheitlich und demokratische Grundordnung in Frage stellt, dürfen wir nicht kommentarlos zur Tagesordnung übergehen. Und wenn Frau Ypsilanti eine inhaltliche Nähe zur Linkspartei demonstriert und mit Vertretern dieser Partei ein gemeinsames politisches Institut – das „Institut für Solidarische Moderne“ – als linke Denkfabrik betreibt, ergibt sich die Frage an die SPD Hessen und deren Landesvorsitzenden: Teilen Sie diese Auffassungen von Frau Ypsilanti?



Ich sage Ihnen von der Linkspartei und Ihrer Bundesvorsitzenden: Wer Wege zum Kommunismus sucht, der sucht Wege aus der Gesellschaft des Grundgesetzes. Aus der Geschichte haben wir längst gelernt: Wo Wege zum Kommunismus ausprobiert wurden, endeten sie in Terror und Unterdrückung. „Dieser unglaubliche Terror ist nicht etwa eine Fehlentwicklung, sondern ist in der DNA des Kommunismus angelegt.“ Dies ist ein in der Wirtschaftswoche vor 8 Tagen abgedrucktes Zitat aus dem Munde des Ex-Kommunisten Wolfgang Ruge.

Oscar Lafontaine behauptet dagegen, „Kommunismus sei, wenn der Strom von den Stadtwerken kommt“. Diese Schönrederei hat System – so soll die Linke für immer neue Koalitionen mit SPD und Grünen weichgespült werden und Deutschland nach links rücken. Dies kann nicht im Interesse unseres Staates sein. Ich füge hinzu: Wären morgen die Voraussetzungen dafür gegeben, die Linke hätte keinerlei Skrupel, wie nach 1945 die Demokratie zu nutzen, um sie erneut abzuschaffen!

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass selbst der überzeugte Altkommunist und Ehrenvorsitzende der PDS, Hans Modrow, warnt: „Die Linkspartei sollte nicht hinter den 20. Parteitag der KPdSU zurückfallen.“

Lassen Sie mich einige Anmerkungen machen an die Adresse von Frau Ypsilanti: Wer vom „Terror der Ökonomie“ oder der „Entdemokratisierung politischer Institutionen“ spricht, diskreditiert demokratische Wahlen und die Verfassungswirklichkeit in Deutschland. Frau Ypsilanti und Frau Löttsch sprechen nahezu wortgleich von „systemverändernder Reformarbeit“ bzw. von „gesellschaftsverändernder, radikaler Realpolitik“. Ihre Forderung nach einer sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaftsordnung ist angesichts des Scheiterns und katastrophalen Unrechts des



„realexistierenden Sozialismus“ politisch dumm und gefährlich. Frau Ypsilanti hat nicht begriffen, dass der demokratische Verfassungsstaat gekennzeichnet ist durch die Grundspannung zwischen Freiheit und Gleichheit, zwischen dem Pluralismus individueller Lebensentwürfe und der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens, zwischen liberalen und sozialen Grundwerten. Wer dieses Spannungsverhältnis zugunsten sozialistischer Ordnungsvorstellungen verschieben will, greift zwangsläufig in grundlegende Rechte des Einzelnen ein.

In der Forderung nach mehr Staat, einem öffentlichen Beschäftigungssektor und einer Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums sind sich Ypsilanti und Löttsch sehr nahe. Beide kennzeichnet eine große inhaltliche Schnittmenge auch in der Sozial-, Bildungs-, Wirtschafts- und Energiepolitik. Wolfgang Thierse hat deshalb Recht, wenn er sagt: „Wer am Traum von einer gerechten Gesellschaft und einer gerechteren Welt festhalten will, der kann das nur, wenn er radikale Kommunismuskritik übt und nicht kalkuliert naiv von Wegen zum Kommunismus schwadroniert; sonst diskreditiert er sich moralisch und politisch.“

Unser Weg ist dagegen ein anderer: „Für CDU und FDP steht der Mensch im Mittelpunkt ihres Handelns. Grundlage ist das christliche, humanistische und freiheitliche Menschenbild, zu dem Freiheit und Verantwortung des Einzelnen ebenso gehören wie Bürgersinn und Solidarität.“ Dieses Zitat stammt aus der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP in Hessen aus dem Jahr 2009. Unser Bekenntnis lautet: Der einzelne soll in eigener Verantwortung und Freiheit seine Kräfte und seine Talente entfalten können – im eigenen Nutzen und zum Nutzen anderer. Nur dort, wo seine Kräfte nicht reichen, soll der Staat helfend eingreifen. Wir glauben, dass unsere Bürger ihr Leben selbst gestalten und für sich sorgen können! Nur Menschen, die für sich selbst Verantwortung übernehmen, können auch für das Gemeinwohl Verantwortung tragen!



Ich behaupte nicht, dass unsere gesellschaftlichen Verhältnisse nicht verbesserungsbedürftig seien. Ich behaupte nur, dass unsere auf Freiheit, Marktwirtschaft und Demokratie angelegte Gesellschaft neben vielen einen besonderen Vorteil gegenüber Kommunismus und Sozialismus besitzt: Unser freiheitliches System ist lernfähig und reformierbar! Totalitäre Systeme sind es nie! Totalitäre Systeme leben davon, dass sie Heilslehren verkünden und das Gegenteil bewirken.

Deshalb liegt Michael Gorbatschow richtig: „Wir wollen nie wieder die Menschen dazu verführen, dass sie eine Hoffnung haben, die wir ihnen am Ende aufzwingen müssen.“ Ich füge hinzu: Nicht Wege zum Kommunismus oder Sozialismus müssen wir suchen, sondern Wege zu mehr Freiheit.

Wir wollen deshalb heute von Ihnen wissen, Herr Schäfer-Gümbel: Wie steht ihre Fraktion zu den Äußerungen ihrer Vorgängerin und Landtagskollegin? Warum widersprechen Sie Frau Ypsilanti nicht, wenn sie vom „demokratischen Sozialismus“, „Systemveränderung“ und „Terror der Ökonomie“ spricht? Was sagen Sie zu der offen zur Schau getragenen Sympathie ihrer Vorgängerin zu den Kommunisten aus der Linkspartei im „Institut für Solidarische Moderne“?

Man darf sich nicht ausmalen, wo wir gelandet wären, wenn Frau Ypsilanti im Jahre 2008 in Hessen mit Unterstützung der Linken die Regierungsmacht erhalten hätte! Auch deshalb wollen wir wissen, Herr Schäfer-Gümbel: Sind Sie nach wie vor Anhänger dieser Ideen von Frau Ypsilanti? Wollen auch Sie „systemverändernde Reformarbeit“? Ehrlich gesagt: Wundern würde es mich nicht! Schließlich hat Frau Ypsilanti Sie nach ihrer verheerenden Wahlniederlage selbst zu ihrem Nachfolger vorgeschlagen. Sie waren vor zwei Jahren Teil des „Systems Ypsilanti“ und Sie sind es geblieben, wenn Sie sich nicht distanzieren! Nach Ihrer verheerenden Wahlniederlage vor zwei Jahren



beschwören Sie gebetsmühlenartig, die SPD sei „auf dem Weg nach oben“. Mit Ihnen ist die SPD ist nicht auf dem Weg nach oben, sondern auf dem Weg nach links!

In gewisser Weise sind wir Frau Löttsch und Frau Ypsilanti allerdings dankbar, dass sie in wünschenswerter Offenheit ihre sozialistischen Gesellschaftsmodelle vertreten. Die Frage bleibt: Geht die hessische SPD mit ihrem Vorsitzenden Schäfer-Gümbel diesen Weg mit? Ich möchte mit einem Zitat des ehemaligen SPD-Politikers Klaus von Dohnanyi schließen. Er sagte vor kurzem: „Ich halte politische Koalitionen der SPD mit der Linken auf allen Ebenen für einen kardinalen Fehler. Man muss sie mit demokratischen Kräften, die eine soziale und marktwirtschaftlich orientierte Verbesserung der Welt wollen, bekämpfen.“ Dem habe ich nichts hinzuzufügen!

# MUT ZUR VERANTWORTUNG

## WIESBADENER REDEN

Dr. Christean Wagner am 2. Februar 2011

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

E-Mail: [cdu-fraktion@ltg.hessen.de](mailto:cdu-fraktion@ltg.hessen.de)  
[www.cdu-fraktion-hessen.de](http://www.cdu-fraktion-hessen.de)

